



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

Berlin, 31. Mai 05

Rossmann greift die CDU an: CDU-Wischiwaschi bei der Neuregelung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten muss aufhören!

„Auch das schafft Politikverdrossenheit. Erst ein gewaltiger Skandal und dann wird das Problem ganz schnell vergessen und kein Beitrag zu einer gemeinsamen Lösung geleistet.“ Der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann hat kein Verständnis dafür, dass in dem Aufregerthema „Nebentätigkeiten von Abgeordneten“, das vor 5 Monaten die deutsche Öffentlichkeit massiv bewegt hat, jetzt offensichtlich „Stille im Walde herrscht“. Rossmann: „Die SPD hat hierfür zusammen mit den Grünen einen tragfähigen Vorschlag für schärfere Regelungen vorgelegt, der jetzt endlich auch die Zustimmung der CDU finden müsste. Aber außer Fragen und Bedenken gibt es keine Position der CDU!“

Der Vorschlag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen beinhaltet im Einzelnen die Klarstellung im Abgeordnetengesetz, dass die Wahrnehmung des Mandats im Mittelpunkt der Tätigkeit eines Abgeordneten stehen soll. Tätigkeiten beruflicher oder anderer Art sollen neben dem Mandat aber möglich sein. Zuwendungen, die keine Spenden sind, dürfen ohne entsprechende Arbeit als Gegenleistung nicht entgegen genommen werden.

Darüber hinaus sollen die Anzeigepflichten der Abgeordneten gegenüber dem Bundestagspräsidenten erweitert werden. Sämtliche Tätigkeiten, die neben dem Mandat ausgeübt werden oder aus dem Mandat erwachsen, sind anzuzeigen. Alle dabei erzielten Einkünfte oder geldwerten Vorteile, die über einen Mindestbetrag hinausgehen, sind gegenüber dem Bundestagspräsidenten der Höhe nach anzugeben. Rossmann: „Auch hier muss die CDU ihre Blockade aufgeben.“ Darüber hinaus sollen die Angaben an den Präsidenten in Zukunft im Handbuch des Deutschen Bundestages sowie auf der Homepage des Bundestages veröffentlicht werden.

Der Vorschlag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beinhaltet, dass die Angabe der Einkünfte bzw. der geldwerten Vorteile dabei in pauschalierter Form in mehreren Stufen vorgenommen wird. Hier setzt sich Rossmann für eine klare Kennzeichnungsmöglichkeit ein, dass ein Abgeordneter keinerlei zusätzliche Einkünfte hat oder nur einen sehr kleinen Teil. Rossmann: „Es muss auch möglich sein, klar zu dokumentieren, dass man sich als Abgeordneter voll auf die Mandatsausübung konzentriert und keine weiteren Geldeinnahmen anstrebt bzw. erhält.“